

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES AM 22.11.2012

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 22.11.2012
Beginn: 18.50 Uhr
Ende: 21.00 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Marstaller

Vertretung für Herrn Klaus Günther

Stadträtin Rosmarie Richter

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

ödp-Stadtratsgruppe

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Schriftführer/in

Franziska Schlier

Berichterstatter

Torsten Fischer

bis 2 nö

Bauamtsleiter Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Stadtkämmerer Bernhard Weber

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Klaus Günther

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

Stadträtin Richter stellt den Antrag, den TOP 8 „Defizitvereinbarung mit der Arbeiterwohlfahrt bzgl. Kindergarten „Sonnenschein““ von der Tagesordnung zu nehmen.

beschlossen dafür 9 dagegen 3

Dem Antrag von Stadträtin Richter auf Absetzung des TOP 8 wird stattgegeben.

Bürgermeister Christof bittet aber um Beantwortung einiger Fragen zur Defizitvereinbarung, um Diskussionen in der folgenden Stadtratssitzung vorzubeugen.
Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

Stadträtin Richter erfragt, welche Aspekte bei TOP 7 „Bebauungsplan Nr. 40 „Wilhelmsberg Kitzingen“ (Klinik Kitzinger Land) – 1. Änderung“ in die öffentliche Behandlung fallen. Aufgrund der Unklarheit über die Differenzierung der Öffentlichkeit, schlägt Oberbürgermeister Müller vor, den TOP in nichtöffentlicher Sitzung des Stadtrates vorzubereiten und somit ebenso abzusetzen.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Der Finanzausschuss beschließt die Behandlung des TOP 7 in die Sitzung des Stadtrates zu verschieben. Die Ausführung erfolgt durch nichtöffentliche Vorberatung mit anschließender öffentlicher Beschlussfassung.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Finanzausschusses vom 09.10.2010

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Die öffentliche Niederschrift vom 09.10.2012 ist gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

2. Anträge von Fraktionen und Gruppen

2.1. Beschlussvorschlag ödp vom 20.10.2012: Erstellung eines Konzeptes zur weiteren Entwicklung der Siedlung

Oberbürgermeister Müller erbittet die Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppen und übergibt das Wort an den Antragssteller.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt begründet ausführlich den Antrag der ödp-Stadtratsgruppe. Oberbürgermeister Müller ist der Ansicht, heute könne lediglich über das Konzept abgestimmt werden.

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt ist verwundert über den Antrag, der bereits ähnlich vor Jahren durch die UsW gestellt wurde und keine Zustimmung fand. Allen Punkten des Antrages kann er aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen. Demnach spricht er sich lediglich für den Vorschlag der Verwaltung zur Nachnutzung der Flächen aus. Die restlichen Punkte finden seines Erachtens keine Notwendigkeit.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser ist der Meinung, dass das Bauamt derzeit mit vielen Projekten beauftragt ist, welche Vorrang haben sollten. Den Grundgedanken des Antrages halte er für sinnvoll, sehe dies aber zu einem späteren Zeitpunkt, da erst einmal geklärt werden müsse, in welche Richtung die Stadt gehen möchte. Demnach werde er nicht zustimmen können.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul freut sich über den Antrag, da die SPD bereits ähnliche gestellt hat und gibt deren Zustimmung für den Vorschlag der Verwaltung bekannt.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp erklärt, dass die Bau GmbH derzeit ein Entwicklungskonzept erarbeitet. Dies sei abzuwarten bis in dieser Thematik eine Entscheidung getroffen werden kann.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof informiert über die Ablehnung des Antrages, da ohne Abstimmung mit der Bau GmbH derartige Planungen nicht zielführend seien. Die Begründung der Verwaltung sei nicht ausgereift, solange die Bau GmbH nicht über deren Verfahren informiert.

Pro-KT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm schließt sich den Ausführungen der CSU an und kann somit nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass derzeit eine Wohnbauanalyse erarbeitet wird und wünscht sich künftig wieder Wohnbau in diesem Bereich. Ergänzend bittet er im Falle der Ablehnung des Antrages, das Bauamt zu beauftragen in Zusammenarbeit mit der Bau GmbH Planungsentwürfe zu entwickeln.

Stadträtin Schmidt kann die Negativargumente nicht nachvollziehen, da bereits andere Fraktionen ähnliche Anträge gestellt haben und somit eine Lösung dieser Problematik das Ziel sein sollte.

Daraufhin betont auch Oberbürgermeister Müller, dass eine Konzepterstellung Befürwortung finde, die konkreten Punkte aber verfrüht seien.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass der vorgelegte Vorschlag der Verwaltung auch mit Herrn Brand inhaltlich abgestimmt wurde. Herr Graumann halte es ebenfalls für wichtig eine Planung anzustreben. Ein Konzept nur unter Berücksichtigung der Grundstücke der Bau GmbH sei dabei nicht ausreichend. Das Gesamtgebiet der Sozialen Stadt sei bei der Entwicklung zu berücksichtigen.

Stadträtin Richter betont nochmals, dass keiner gegen diesen Antrag ist, lediglich der Zeitpunkt sei für einige Punkte zu früh.

Bürgermeister Christof hält es nicht für sinnvoll, für die kompletten Planungen Dritte zu beauftragen, da ein fertiggestelltes Konzept schwer nachzuvollziehen ist. Er regt an, die Vorstellungen des Gremiums mit einfließen zu lassen. Auf Hinweis des Oberbürgermeisters, dass es nicht umsetzbar sei, den Ideen von dreißig Personen gerecht zu werden und somit ein Konzept, in welches noch Änderungen eingearbeitet werden können, zweckmäßiger sei, stimmt Bürgermeister Christof grundsätzlich zu, wünsche sich dann aber Alternativ-Vorschläge – nicht nur die Vorlage eines Planungsentwurfes.

Bauamtsleiter Graumann betont, dass vorerst die Federführung für die Konzepterstellung geregelt werden müsse. Die Einbindung der Beteiligten für die Erstellung des Konzeptes sei selbstverständlich, er sei auch gerne bereit, Alternativen vorzustellen.

Stadträtin Wallrapp regt an, den Beschlussentwurf insoweit zu ändern, dass die Bau GmbH ein Konzept zu den angesprochenen Punkten erstellt und dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorlegt.

Oberbürgermeister Müller weist daraufhin, dass die Bau GmbH nicht über das technische Personal verfügt, um ein derartiges Konzept eigenständig zu erstellen.

Herr Brand fügt hinzu, dass die anschließenden Wohnungen der GBW Franken GmbH einbezogen werden sollten. Es ist noch erforderlich zum genannten Stichtag einige Wohnungen zu räumen und daher sei eine gänzliche Entscheidung derzeit nicht gegeben.

Stadträtin Schmidt erinnert nochmals daran, dass über das Förderprogramm der Sozialen Stadt unter der Voraussetzung, dass die Stadt den Auftrag vergibt ein Zuschuss gewährt würde. Dabei spricht sie sich auch für eine enge Zusammenarbeit mit der Bau GmbH und unter Berücksichtigung der Wohnungen der GBW aus, um ein Gesamtkonzept entsprechend der Gegebenheiten zu ermöglichen. Im Fazit möchte sie ihren Antrag nicht komprimieren und bittet um Abstimmung.

Stadtrat Moser empfiehlt, den Antrag ruhen zu lassen, da die Sachlage fortgeschritten und somit die Entscheidung positiver ausfallen könnte.

Stadträtin Wallrapp stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

beschlossen **dafür 8** **dagegen 5**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Wallrapp wird stattgegeben.

abgelehnt **dafür 3** **dagegen 10**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Entwicklung des Bereichs Breslauer Strasse/Galgenwasen (siehe Anlage) zu erstellen. Gegenstand des Konzeptes sind
 - a) Nachnutzung der Flächen nach Rückbau der Wohngebäude
 - b) Sanierung und Erneuerung der Kanäle Breslauer Straße
 - c) Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) für diesen Bereich
 - d) Kompensation des wegfallenden sozialen Wohnraumes in der Breslauer Straße
3. Im Zusammenhang mit der Konzepterstellung ist die Frage des sozialen Wohnraumbedarfes unter Einbeziehung des demografischen Wandels und der bereits erstellten Wohnraumanalyse sowie die Fortschreibung des IHK Soziale Stadt zu bearbeiten.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept nach Angebotseinholung zu beauftragen. Dafür sind im Haushalt 2013 Mittel bereitgestellt (HSt. 1.6152.9593).

2.2. Antrag der SPD vom 29.10.2012: Regelmäßige Sachstandsberichte des Bauamtes, Vorlage der Endabrechnungen

Oberbürgermeister Müller erbittet die Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppen und übergibt das Wort an den Antragssteller.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul fordert durch den Antrag der SPD eine quartalsmäßige Vorlage der Bauzeiten sowie der Kostenstände von Maßnahmen. Sie geht davon aus, dass derartige Übersichtslisten bereits im Bauamt bestehen und geführt werden und somit kein großer Arbeitsaufwand anfällt. Sie bittet um Zustimmung aus dem Gremium.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dies bei Privatmaßnahmen praktisch nicht umsetzbar ist, diese müssten herausgenommen werden.

Bauamtsleiter Graumann fügt hinzu, er halte eine Kostenübersicht allgemein für sinnvoll, spricht sich aber gegen eine quartalsmäßige Vorlage aus, da die Stufen der Maßnahme entscheidend seien, nicht eine zeitlich festgesetzte Frist. Er werde dann eine Information an das Gremium geben, wenn weitere Beauftragungen anstehen und erklärt, dass bei Überschreitungen ohnehin eine Vorlage

an den Stadtrat erfolgen müsse. Die Darstellung werde Zahlen zu „Kostenberechnung, gegenwärtige Kosten, und Kostenergebnis“ enthalten.

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt schließt sich dem Vorschlag der Verwaltung an. Auch er ist der Ansicht, dass die privaten Maßnahmen aus dem Beschluss entfernt werden müssen.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser spricht sich ebenfalls für Informationen zu Kostenmehrungen aus, dem Antrag im Ganzen werde er nicht zustimmen.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp regt an, den Beschlussentwurf um die Maßnahmen Mondseebrücke und Nordtangente und die Nachträge zu erweitern. Des Weiteren sollen die Privatmaßnahmen (Fastnachtmuseum, Goldener Löwe und evtl. Marktcafé) gestrichen werden. Ansonsten stimme sie dem Antrag zu.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof bemängelt den Informationsfluss und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Aus diesem Grund befürworte er den Antrag und spricht sich außerdem dafür aus, dass Privatmaßnahmen nicht pauschal herausgenommen werden, da auch hier dem Stadtrat Sachstände zu unterrichten seien.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt hält den Vorschlag der Verwaltung für sinnvoll. Ergänzend fügt sie hinzu, dass Kostenmehrungen im Vorfeld mitgeteilt werden sollten, um eventuell durch Einsparen anderer Projekte gegensteuern zu können.

Pro-KT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm sieht keinen Sinn in einer terminlichen Festsetzung von Informationsverkündungen. Es solle doch auch im Verhältnis von Aufwand und Nutzen stehen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul erkennt den Aufwand der Informationsvorlage nicht, da dies grundsätzlich im Alltagsgeschäft dokumentiert werden müsste. Aus diesem Grund halte sie an der Regelmäßigkeit fest.

Stadträtin Richter empfiehlt, genannte private Maßnahmen zu streichen und durch den vorliegenden Vorschlag von Bauamtsleiter Graumann zu ersetzen.

Stadträtin Wallrapp stellt den Antrag, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag um die Themen Mondseebrücke und Nordtangente erweitert.

Bürgermeister Christof erinnert an den Auftrag, dass die Verwaltung quartalsweise aktuelle Informationen dem Verwaltungs- und Bauausschuss mitteilt. Dies sei bisher nicht geschehen, daher bittet er um mehr Offenheit.

Bauamtsleiter Graumann hält es grundsätzlich für wichtig über wesentliche Bauvorhaben zu berichten. Anstelle einer quartalsmäßigen Auskunft priorisiere er, Bericht zu erstatten, wenn die Maßnahmen anstehen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul bestätigt, auf Antrag von Stadträtin Wallrapp Punkt 3 des Beschlussentwurfes durch die Maßnahmen Mondseebrücke und Nordtangente zu ergänzen.

abgelehnt

dafür 6 dagegen 7

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen
2. Der Vorlage von quartalsmäßigen Sachstandsberichten mit Angaben zum Baufortschritt (Zeitplan), zu den bisher aufgelaufenen Kosten, den Plankosten (wenn möglich nach Gewerken) und dem Hinweis auf mögliche Überschreitungen bezüglich: Bahnhofsumfeld
Marktcafe
Ausbesserungsarbeiten Alte Mainbrücke
Bauvorhaben Goldener Löwe
Umbau der Grund- und Mittelschule Siedlung
Stadtteilzentrum Siedlung
Fastnachtmuseum
Umbau Stadtbauamt
Nordtangente BA IIIb
wird zugestimmt.
3. Die korrekten Endabrechnungen der folgenden Einzelvorhaben bezüglich der primär im Haushalt eingestellten Kosten und der endgültigen Kostenberechnung ist vorzulegen:
 1. Friedrich-Bernbeck-Schule
 2. Kinderkrippe im ehemaligen Eichamt
 3. Kindergarten Etwashausen
 4. Feuerwehrgerätehaus Repperndorf
 5. Generalsanierung DPE
 6. Mondseeinsel
 7. Nordtangente
4. Sachstand Verkehrsentwicklungsplan

2.3. SPD-Antrag vom 22.10.2012: Erlass von Erhaltungssatzungen nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB

Oberbürgermeister Müller erbittet die Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppen und übergibt das Wort an den Antragssteller.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul geht ausführlich auf den Antrag ein und bittet das Gremium um Zustimmung.

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt kann keine Vorteile für die Mieter erkennen und weist auf die Mehrarbeit hin, die das Bauamt mit der Überwachung aufbringen müsste. Aus diesem Grund werde nicht zugestimmt.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser erkennt die Wichtigkeit der Thematik, hält diesen Weg aber nicht für die optimale Lösung. Trotz vieler Leerstände biete Kitzingen nicht genügend attraktives Wohnen, daher wünscht er sich Bewegung für Kitzingen. In diesem Fall würde ein städtebauliches Verfahren benötigt werden, auch um die weitere Entwicklung der Marshall Heights zu berücksichtigen.

Ein Beschluss wäre hier verfrüht, daher Ablehnung.

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp kann dem Antrag zum aktuellen Zeitpunkt ebenso nicht zustimmen, sieht bei dieser Thematik aber großen Diskussionsbedarf.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof hält vorsorgliches Handeln für wichtig, da eine kommende Wohnungsnot absehbar ist. Herr Christof erfragt, ob von Seiten des Amtes 3 oder 6 bereits Erfahrungen vorliegen bzw. vergleichbare Fälle genannt werden können.

Oberrechtsrätin Schmöger informiert, keine praktischen Erfahrungen zu haben.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt informiert über ängstliche Bürger, die befürchten, ihre Wohnungen nicht mehr bezahlen zu können. Frau Schmidt betont die soziale Verantwortung und befürwortet den Antrag.

Pro-KT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm gibt die Ablehnung bekannt.

Auf die Anfrage von Bürgermeister Christof erklärt Bauamtsleiter Graumann, dass aus seiner Erfahrung heraus selten mit Milieuschutzsatzungen verfahren wird, da dies für die Verwaltungen sehr schwierig zu händeln sei. Eine Erhaltungssatzung sei stets mit einem Genehmigungsvorbehalt für städtebauliche Erneuerungen in einem bestimmten Bereich (Abbruch, Sanierung,...) verbunden. Auf Grund der Vermieter/ Mieter-Situation in Kitzingen würde er keine Milieuschutzsatzung empfehlen. Wichtiger finde er, das Gesamtgebiet im Rahmen der Sozialen Stadt weiter zu stärken. Im Falle, dass dadurch vermehrt neue Mieter anfragen oder Investoren Interesse äußern, wären auch Neubauten denkbar.

abgelehnt

dafür 4 dagegen 9

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen
2. Es erfolgt eine Prüfung seitens der Verwaltung der GBW-Gebiete zu einer sinnvollen Abgrenzung der im Antrag, Anlage 1 beigefügten Liegenschaften.
3. Es werden Erhaltungssatzungen erlassen in den Wohngebieten mit großen Anteilen an GBW-Wohnungen, d. h. in den Bereichen, wo durch Millieueränderungen gerade in anderen Bereichen soziale Verschärfungen entstehen können (siehe z. B. Anlage 2). Die Erhaltungssatzungen sind für eine Geltungsdauer von 5 Jahren zu erlassen.

- 3. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen;
Mehrgenerationenhaus im Caritas Alten- und Pflegeheim St. Elisabeth in Kitzingen -
Zuschuss an die Stadt Kitzingen - Aufhebung des Beschlusses**

beschlossen

dafür 13 dagegen 0

Der Beschluss vom 13.10.2011 zur Gewährung eines Zuschusses der Stiftung-

für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen an die Stadt Kitzingen für das Projekt Mehr- generationenhaus in Höhe von jährlich 10.000 € für die Jahre 2012 bis 2014 wird aufgehoben.

4. **Haushaltsüberschreitung Schülerbeförderung ÖPNV**

Stadträtin Dr. Endres- Paul bemängelt, dass zur Natur in Kitzingen keine Informa- tionen gegeben wurden.

Stadtkämmerer Weber informiert über den Termin der Gesellschafterversamm- lung am 29.11.2012, nachdem der Stadtrat über die nötigen Informationen unter- richtet werde.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass es sich bei den aufgeführten Kosten um die handle, die für die Pflege der Nachnutzung im Jahr 2012 angefallen sind.

Stadträtin Schmidt ist der Ansicht, dass ein entsprechendes Nachnutzungskon- zept erarbeitet werden müsse, um mit möglichst geringem Aufwand die kosten- günstigste Lösung zu finden.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Die Haushaltsüberschreitungen für das Rechnungsjahr 2012 bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VwHh:</u>			
2901 6394	Kosten der Schülerbe- förderung - ÖPNV bisher bereitgestellt somit insgesamt:	0 €	17.800 € <u>2.200 €</u> <u>20.000 €</u>
5840 6790	Natur in Kitzingen 2011 Innere Verrechnungen Leistungen Bauhof und Gärtnerei bisher bereitgestellt somit insgesamt:	26.000 €	10.000 € <u>25.000 €</u> <u>35.000 €</u>

werden genehmigt.

Die Deckungen erfolgen durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer HSt. 9000 0030.

5. **Vermögensnachweis 2011**

Ohne Abstimmung

Vom Ergebnis des Vermögensnachweises 2011 wird gem. Art. 102 GO i. V. m. §§ 76, 77 und 81 KommHV-Kameralistik Kenntnis genommen.

6. Neuerlass der "Verordnung über die Vermeidung von unnötigem Lärm" gemäß Art. 14 Bayerisches Immissionsschutzgesetz (BayImSchG)

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt ausführlich den Sachverhalt. Auf Anfrage von Stadtrat Schmidt ergänzt sie, dass genaue Differenzierungen der Geräte im Gesetz geregelt seien, eine derartige Aufzählung aber den Rahmen der Sitzungsvorlage sprengen würde.

Stadträtin Dr. Endres-Paul regt an, dies im Mitteilungsblatt (evtl. auch in mehreren Sprachen) bekanntzugeben. Oberrechtsrätin Schmöger bestätigt, dass die Bekanntmachung für die Erstausgabe des „Falters“ vorgesehen sei.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen erlässt aufgrund des Art. 14 des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes die dieser Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügte „Verordnung über die Vermeidung von unnötigem Lärm im Stadtgebiet der Großen Kreisstadt Kitzingen (Lärmschutzverordnung)“.

7. Sonstiges

**Anfrage von Stadträtin Richter
Fräs-Arbeiten Staatsstraße Friedrich-Ebert-Straße**

Stadträtin Richter informiert, dass an der Staatsstraße Friedrich-Ebert-Straße Fräs-Arbeiten durch das Staatliche Bauamt Würzburg getätigt wurden und erfragt hierzu den Grund. Bauamtsleiter Graumann ist dies nicht bekannt, er werde sich aber in Kenntnis setzen und informieren.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:00 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Franziska Schlier